



HANS-OLAF-HENKEL-PREIS

Ein schmerzlicher Prozess für neue Chancen

Ein Gespräch mit dem ersten Preisträger Professor Benno Parthier

Prof. Dr. Benno Parthier, der erste Träger des Hans-Olaf-Henkel-Preises – Preis für Wissenschaftspolitik, im Interview mit Christoph Herbolt-von Loeper über die deutsche Einheit in der Wissenschaft, Forschen im Sozialismus und die Zukunft der ostdeutschen Wissenschaft.

Leibniz: Prof. Parthier, Sie werden für Ihren Beitrag zur Zusammenführung der deutschen Wissenschaftssysteme im Zuge der Wiedervereinigung mit dem Hans-Olaf-Henkel-Preis ausgezeichnet. Schaut man auf das Abschneiden Ostdeutschlands in der Exzellenzinitiative, stellt sich die Frage: Ist die Zusammenführung nicht gescheitert?

Parthier: Mit Blick auf den außeruniversitären Teil der Wissenschaft ist die Zusammenführung sicher gelungen. Für die Universitäten muss man derzeit wohl eingestehen, dass die Zusammenführung divergiert bzw. noch nicht gelungen ist.

Leibniz: Worin sehen Sie die Gründe?

Parthier: In der DDR hatten Akademie- bzw. Forschungsinstitute andere Aufgaben als die Universitäten. Deren Schwerpunkt lag in der Lehre, wobei die Erziehung der Studenten zu

sozialistischen Menschen gefordert war. Ich war direkt nur mit den ehemaligen Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW), also dem außeruniversitären Teil, befasst. Deren Evaluierung und Integration in das gesamtdeutsche Wissenschaftssystem erfolgte 1990/92 durch die zentrale Koordinierung des Wissenschaftsrats, während es bei den Universitäten natürlich eine dauerhafte Beteiligung der jeweiligen neuen Bundesländer gab.

Leibniz: Wie sah das Verfahren bei den Akademieinstituten aus?

Parthier: Die AdW der DDR umfasste 1990 etwa 60 Institute. Es war wissenschaftspolitisch gewollt, die leistungsfähigsten Akademieinstitute in das Wissenschaftssystem der Bundesrepublik zu integrieren. Dazu hat der Wissenschaftsrat die einzelnen Einrichtungen vor Ort begutachtet und dann Empfehlungen abgegeben, ob und wie die einzelnen Institute weiter öffentlich gefördert werden sollen. In der Mehrzahl der förderungswürdigen Institute wurde die Aufnahme in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung der damaligen „Blauen Liste“ empfohlen.

Leibniz: Und das lief problemlos?

Parthier: Einfach sicher nicht, aber mit Hilfe einer geschickten Regelung im Paragraph 38 des Einigungsvertrags gab es kaum größere juristische Probleme. Zum 31. Dezember 1991 wurde die noch existierende AdW mit ihren Instituten aufgelöst, und am 1. Januar 1992 waren die meisten Institute dank der Vorarbeiten unabhängiger Gründungskommissionen neu gegründet.

Leibniz: Aber hinter dem Formalen steckten ja auch Menschen. Wie haben Sie diesen Wandel erlebt?

Parthier: Zur Zeit des Mauerfalls war ich Abteilungsleiter am Institut für Biochemie der Pflanzen (IBP) in Halle. An wissenschaftliche Arbeit war damals kaum zu denken. Es war ja überhaupt nicht klar, ob der Umsturz in der DDR friedlich vonstatten gehen würde. Im Frühjahr 1990 gab es dann am IBP eine basisdemokratische Wahl des Direktors aus dem Kreis der politisch nicht vorbelasteten Wissenschaftler. Die Wahl fiel damals auf mich und der noch amtierende Präsident der AdW kam dann nicht umhin, die Wahl anzuerkennen. 1990 hatte das IBP 220 Mitarbeiter, davon 87 Wissenschaftler; nahezu alle waren fest angestellt. Durch die Neugründung konnten sich alle Mitarbeiter neu bewerben.

Prof. Benno Parthier wurde für seine herausragenden Verdienste um einen gesamtdeutschen Forschungsraum und für die erfolgreiche Vereinigung unterschiedlicher Wissenschaftssysteme mit dem ersten „Hans-Olaf-Henkel-Preis – Preis für Wissenschaftspolitik 2007“ der Leibniz-Gemeinschaft geehrt.

Leibniz: Bei laufendem Betrieb ein ganzes Institut wieder neu einstellen?

Parthier: Ja, aber es war ja nicht mit normalen Auswahlverfahren getan. Wie überall in der DDR hatte auch das IBP die Staatssicherheit im Institut. Bevor wir also jemanden neu einstellen konnten und wollten, mussten alle Bewerber im Schnellverfahren bei der damaligen „Gauck-Behörde“ überprüft werden. Dabei kam heraus, dass unter den Wissenschaftlern 15 Personen inoffizielle Mitarbeiter der Stasi waren, in meiner eigenen Abteilung allein sechs. Danach haben wir die Monate Januar bis März 1992 nahezu ausschließlich mit Einzelgesprächen mit allen Bewerbern verbracht. Letztendlich arbeitete das nun in IPB – Institut für die Biochemie der Pflanzen umbenannte Institut mit 90 Mitarbeitern, davon 30 Wissenschaftler, weiter. Ein Prozess, der persönlich oft schmerzlich war. Ich habe große, starke Männer buchstäblich heulen sehen. Es war aber auch ein Prozess, der es uns ermöglichte, die wissenschaftlich besten internen Bewerber auszuwählen und einen Anteil externer Wissenschaftler einzustellen.

Leibniz: Das klingt nach viel Arbeit, aber dazu kam ja noch Ihre Rolle als „Wissenschaftspolitikler“. Wie kam es dazu?

Parthier: Die (west-)deutsche Politik war zunächst relativ ratlos, wie sie mit der DDR-Wissenschaft im wiedervereinigten Deutschland umgehen sollte, und brauchte Rat und Expertise von Leuten, die sich im DDR-System auskannten. Am 1. Juli 1990 trat ich das Amt des Präsidenten der Leopoldina an – zufälligerweise war das auch der Tag, als die D-Mark in der DDR eingeführt wurde. Zuvor war ich bereits Vizepräsident der Leopoldina gewesen. Die Leopoldina war im Grunde die einzige politisch unabhängige wissenschaftliche Institution der DDR und lag somit als Ansprechpartner für die Politik auf der Hand. Bei mir kam wohl noch dazu, dass meine regimekritische Haltung der SED gegenüber in der Wissenschaftsszene bekannt war.

Leibniz: Ein Regimekritiker als leitender Wissenschaftler eines AdW-Instituts?

Parthier: Wirklich leitend war ich ja zu DDR-Zeiten nicht tätig. Die Wissenschaftsgeschichte

der DDR lässt sich grob in zwei Phasen einteilen, deren Bruch etwa 1968 bis 1971 mit der Akademiereform anzusiedeln ist. Diese Reform war das Ende der bisherigen „bürgerlichen Periode“ der Wissenschaft, die sich soziodemografisch kaum von der traditionellen deutschen Wissenschaft der Jahrzehnte zuvor unterschieden hatte. Die Reform bedeutete eine politisch-sozialistische Ausrichtung der Forschung. In den Instituten wurden Parteigruppen eingerichtet, bald waren 90 Prozent der Akademiedirektoren SED-Mitglieder. In dieser Phase sollte 1967 der IBP-Alt-Direktor Kurt Mothes frühzeitig seinen Sessel räumen, erhielt aber das Vorschlagsrecht für seinen Nachfolger. Der sollte ich sein. Also fuhr ich nach Berlin zum Kadergespräch mit dem AdW-Vizepräsidenten. Ich war Wissenschaftler, jede Minute des Tages, ohne jegliche politische Ambitionen. Im Verlauf des Gesprächs in Berlin schob mir der Kaderleiter wortlos einen Zettel über den Tisch, auf dem stand „Beitrittserklärung zur SED“. Überrascht fragte ich, ob es ein Junktim zwischen einer SED-Mitgliedschaft und dem Direktorenposten gebe? Als mir dies nahegelegt wurde, sagte ich nur: „Geben Sie sich keine Mühe!“ Drei Minuten später war das Gespräch beendet und ich blieb 24 Jahre Abteilungsleiter. Ehrlich gesagt, über kaum eine Entscheidung war ich wieder so froh, denn ich konnte weiter forschen und blieb von der zunehmenden politischen Vereinnahmung der Akademie weitgehend verschont.

Leibniz: Nicht inhaltlich, aber dafür wurden Sie dann 24 Jahre später doch von der Politik vereinnahmt.

Parthier: Das stimmt. Bis 1989 habe ich jeden Tag im Labor gestanden, danach fast jeden Tag in Besprechungsräumen gesessen. Es war viel zu tun: die Leitung des Instituts, die Tätigkeit im Wissenschaftsrat sowie die Amtsführung und Reformbemühungen der Leopoldina.

Leibniz: Die Leopoldina ist ja unlängst als Nationalakademie ins Gespräch gebracht worden.

Parthier: Das war auch für uns eine überraschende Wendung, allerdings keine neue Idee. Unter Kanzler Kohl und Forschungsminister Riesenhuber gab es Anfang der 90er Jahre die



Namensgeber und Preisträger (li.) freuen sich gleichermaßen über die einstimmige Jury-Entscheidung.

selben Pläne, nämlich aus der auch zu Zeiten der Teilung faktisch immer gesamtdeutsch gebliebenen Leopoldina eine nationale Akademie als zentrale Stelle für Politikberatung zu machen. Allerdings hat sich der zu zwei Dritteln aus Westdeutschen bestehende Senat der Leopoldina damals dagegen ausgesprochen. Damit war die Sache gestorben. Dennoch haben wir die Leopoldina in den folgenden Jahren auch über eine thematische Öffnung für neue Disziplinen oder durch einen Ausbau des Stipendienwesens zur Förderung junger Wissenschaftler weiterentwickelt.

Leibniz: Zum Thema Weiterentwicklung eine letzte Frage. Wie sehen Sie die in Bezug auf die ostdeutsche Wissenschaft?

Parthier: Meiner Meinung nach besteht ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Leistungskraft von Bundesländern und der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit ihrer Universitäten. Daher hat der Osten schlechtere Voraussetzungen als zum Beispiel der Südwesten der Republik. Schon zur Wende gab es einen großen Drang der jungen Wissenschaftler nach Westen. Dieser „Brain drain“ hat sich bisher nicht umkehren lassen; infolge von mittelmäßigen Berufungen verfielen Fakultäten in Stagnation. Die Exzellenzinitiative hat den Osten weiter desillusioniert, obwohl die Auswahlsergebnisse nicht politisch motiviert waren. Ich glaube ohnehin nicht, dass Universitäten in Gänze exzellent sein können. Die Stärkung der ostdeutschen Universitäten und damit der Wissenschaft insgesamt wäre eine reizvolle Aufgabe, besonders für die außeruniversitären Institute. Das IPB hat z.B. seit jeher sein Leitungspersonal gemeinsam mit der Universität in Halle berufen, eine Voraussetzung und der Ansatzpunkt für gemeinsame thematische Forschungsprojekte.